

Bezirksamt Spandau von Berlin

Abt. Jugend und Gesundheit
Gesundheitsamt
Fachbereich 1 Zahnärztlicher Dienst



Datenschutzerklärung

Sehr geehrte Eltern und Sorgeberechtigte,

mit dieser Datenschutzerklärung möchten wir Sie darüber informieren zu welchem Zweck der Zahnärztliche Dienst des Gesundheitsamtes Spandau Daten erhebt, speichert oder weiterleitet. Dazu sind wir nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verpflichtet. Zusätzlich möchten wir Sie darüber aufklären, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes besitzen.

Verantwortliche/r:

Verantwortliche/r im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Bezirksamt Spandau von Berlin
vertreten durch die Stadträtin Tanja Franzke
Carl-Schurz-Str. 2/6
13597 Berlin
E-Mail: jugendundgesundheit@ba-spandau.berlin.de

Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten des Bezirks:
E-Mail: datenschutz@ba-spandau.berlin.de

1. Zweck der Datenerhebung:

Die Datenerhebung dient der Ausübung der Aufgaben des Zahnärztlichen Dienstes, welche sich aus den gesetzlichen Vorschriften ergeben (§ 52 SchulG (Schulgesetz für das Land Berlin; § 9 Abs. 2 KitaFöG (Kindertagesstättenförderungsgesetz) sowie der Verordnung über die Untersuchung durch den öffentlichen Gesundheitsdienst in Tageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen des Landes Berlin; § 21 SGB V (Sozialgesetzbuch); § 1 und §

8 GDG (Gesundheitsdienstgesetz); § 7 Berufsordnung der Zahnärztekammer Berlin; § 630 f BGB; § 11 Berliner Kinderschutzgesetz).

Die Hauptaufgabe ist die Förderung der Mundgesundheit von insbesondere Kindern und Jugendlichen bis zu einem Alter von 18 Jahren. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, erfolgt eine Erhebung und Verarbeitung der Daten daher unter anderem zur Identifizierung und eindeutigen Zuordnung einer Person, der Befunderhebung des Gebisszustandes Ihres Kindes, der Kommunikation mit Erziehungsberechtigten, zur Empfehlung von Maßnahmen zum Erhalt und zur Verbesserung der Zahngesundheit Ihres Kindes, sowie zur Archivierung des Schriftverkehrs und postalischen Eingängen. Anrufe von Ihnen werden mit Datum und Anlass durch uns dokumentiert.

2. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung:

Gemäß Art. 6 Abs. 1a der DSGVO ist die Verarbeitung rechtmäßig, sofern die betroffene Person ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben hat.

Gemäß Art. 6 Abs. 1e der DSGVO ist die Verarbeitung rechtmäßig, sofern Sie für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

3. Empfänger Ihrer Daten:

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte findet ohne Ihre Zustimmung nicht statt. Gesetzlich geregelte Ausnahmefälle zur Übermittlung von personenbezogenen Daten ohne Ihre Zustimmung können Kindeswohlgefährdungen nach § 11 Abs. 4 des Berliner Kinderschutzgesetzes darstellen. In solchen Fällen sind wir befugt zum Schutz des Wohles eines Kindes oder Jugendlichen die dafür erforderlichen personenbezogenen Daten an den zuständigen Kinder- und Jugend Gesundheitsdienst weiterzugeben.

4. Speicherung der Daten:

Die erhobenen Daten werden nach Ihrer Erhebung gemäß der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen 10 Jahre gespeichert (§ 630f. Abs. 3 Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) in Verbindung mit § 7 Berufsordnung der Zahnärztekammer Berlin, sowie § 10 der ärztlichen Berufsordnung) soweit keine anderen gesetzlichen Vorschriften etwas Anderes bestimmen.

5. Ihre Rechte:

Werden personenbezogene Daten Ihres Kindes verarbeitet und sind Sie damit Betroffener im Sinne der DSGVO, so stehen Ihnen gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte zu:

Auskunftsrecht gemäß Art. 15 DSGVO:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihren gespeicherten Daten zu erhalten.

Recht auf Berichtigung gemäß Art. 16 DSGVO:

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu.

Recht auf Löschung, sowie Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 17, 18 DSGVO:

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen, sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen. Für ärztliche Untersuchungsbefunde gilt eine gesetzliche Aufbewahrungspflicht von 10 Jahren, weshalb kein Recht auf Löschung, Einschränkung der Verarbeitung sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung innerhalb dieser Frist besteht.

Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 19 DSGVO: Der Verantwortliche teilt allen Empfängern, denen personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 16, Art. 17 Absatz 1 und Art. 18 mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Wir sind verpflichtet die betroffene Person über diese Empfänger zu unterrichten, wenn die betroffene Person dies verlangt.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO:

Sie haben grundsätzlich ein Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Eine weitere Einschränkung ergibt sich bei den anonym übermittelten Daten, die der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung im Land Berlin, im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der Übermittlung der Daten ohne Angabe von Namen, Tag der Geburt und Anschrift ist nach der Übermittlung eine Zuordnung zu einer bestimmten Person nicht mehr möglich. Somit besteht das Recht auf eine Löschung, Einschränkung der Verarbeitung sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung dieser Daten ebenfalls nicht.

Es besteht kein Recht auf Datenübertragbarkeit, da es sich nach Art. 20 Abs. 3 DSGVO um eine Verarbeitung handelt, die zur Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse erforderlich ist. Sollten Sie von Ihrem oben genannten Rechten Gebrauch machen, wird geprüft ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Beschwerderecht:

Im Falle einer rechtswidrigen Verarbeitung Ihrer Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DSGVO.

Die in Berlin dafür zuständige Aufsichtsbehörde ist die:
Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59-61
10555 Berlin
Tel. (030) 13889-0
Fax (030) 2155050
E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

Bei Fragen und Anmerkungen können Sie sich gerne an uns wenden.

Ihr Zahnärztlicher Dienst Spandau

Stand 06.09.2023